Beschlüsse

der öffentlichen Sitzung des Stadtrates der Stadt Rottenburg a.d.Laaber vom 07.10.2025.

160 **Gegenstand: Bauantrag der Bayernwerk Natur GmbH auf Neubau einer Batteriespeicheranlage mit Übergabe- und Trafostation sowie Zaun im Industriegebiet Galgenlohe 5 auf Grundstück, FINr. 153/8, Gemarkung Oberotterbach**

Beschluss 1: 15 - 0

Für folgende Festsetzung des Bebauungsplanes wird eine Befreiung erteilt:

Textliche Festsetzung Abschnitt 1.6
„Relevanzgrenze findet keine Gültigkeit“

Beschluss 2: 15 - 0

Die in der Absichtserklärung vom 03.03.2025 definierten Maßnahmen sind weiter mit der Bayernwerk Natur GmbH voranzutreiben und einen Pachtvertrag abzuschließen. Dieser ist dem Stadtrat vorab zur Zustimmung vorzulegen.

161 **Gegenstand: Bebauungs- und Grünordnungsplan „Tiny-House-Siedlung Oberroning“; Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen; Vorstellung der überarbeiteten Entwurfsplanung**

Billigungs- und Auslegungsbeschluss: 15 - 0

Da der Entwurf des Bebauungsplans nach den Verfahren gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und nach § 4 Abs. 2 BauGB geändert wurde, ist er gemäß § 4a Abs 3 BauGB erneut auszulegen und sind die Stellungnahmen erneut einzuholen.

162 **Gegenstand: 16. Änderung des Flächennutzungsplans (Ortsteil Pattendorf); Behandlung und Abwägung der Anregungen der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB; Feststellungsbeschluss**

Feststellungsbeschluss: 15 - 0

- Der Stadtrat beschließt die 16. Änderung des Flächennutzungsplans mit Begründung unter Einarbeitung der heute beschlossenen Änderungen und Ergänzungen.
- Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die 16. Änderung des Flächennutzungsplanes dem Landratsamt Landshut zur Genehmigung vorzulegen und die Erteilung der Genehmigung nach § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist anzugeben, wo die Planänderung mit Begründung und Umweltbericht während der Dienstzeiten eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

163

Gegenstand: Bebauungsplan „Sondergebiet Freiflächen-Photovoltaikanlage Spital“ (Ortsteil Pattendorf); Behandlung und Abwägung der Anregungen der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB; Satzungsbeschluss

Satzungsbeschluss: 15 - 0

- Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan „Sondergebiet Freiflächen-Photovoltaikanlage Spital“ mit Begründung unter Einarbeitung der heute beschlossenen Änderungen und Ergänzungen als Satzung.
- Sobald der Genehmigungsbescheid zur 16. Änderung des Flächennutzungsplans durch das Landratsamt Landshut vorliegt, ist der Bebauungsplan und Grünordnungsplan bekannt zu machen und in Kraft zu setzen.

164

Gegenstand: Bauantrag von Frau Isabella Wimmer auf Neubau eines Hähnchenstalles für 29.900 Tiere am südlichen Ortsrand von Steinbach, FINr. 1096, Gemarkung Oberotterbach

Beschluss: 14 - 0

Das gemeindliche Einvernehmen für das o. g. Vorhaben wird erteilt.

165

Gegenstand: Bauantrag von Frau Angela Brummer-Kreitmeier auf Neubau einer landwirtschaftlichen Halle mit Hackschnitzelheizung und Hackschnitzellager in Kreuzthann

Beschluss: 15 - 0

Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass sich das Vorhaben im Außenbereich befindet und nicht privilegiert ist.

Das gemeindliche Einvernehmen für das o. g. Vorhaben wird erteilt.

166

Gegenstand: Antrag der Bauunternehmung Georg Pritsch auf Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage auf dem Mischanlagengelände in Pattendorf

Beschluss: 14 - 1

Der Stadtrat beschließt die Aufstellung eines qualifizierten Bebauungsplanes im Sinne von § 30 Abs. 1 BauGB und eines Grünordnungsplanes gemäß Art. 3 Abs. 2 BayNatschG sowie die Änderung des Flächennutzungsplanes und Landschaftsplanes.

Damit sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine rund 3.500 m² große Freiflächenphotovoltaikanlage vorrangig für den Eigenverbrauch und einem Batteriespeicher auf dem bisherigen Tontaubenschießplatz auf dem Mischgelände der Firma Pritsch geschaffen werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Erarbeitung der Plan-Vorentwürfe die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.